

**Satzung
des Bezirksverbandes
Berlin - Marzahn der Gartenfreunde e.V.**

§ 1

Name, Sitz und Geltungsbereich

- (1) Der Verein führt den Namen „Bezirksverband Berlin – Marzahn der Gartenfreunde e.V.“, nachfolgend kurz Bezirksverband genannt.
- (2) Der Bezirksverband hat seinen Sitz in Berlin. Er ist aus dem Kreisverband Berlin-Marzahn des VKSK hervorgegangen und wurde am 20.06.1990 gegründet. Er ist gemäß § 55 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) unter dem in § 1 (1) genannten Namen mit der Nummer 12828 Nz im Vereinsregister des Amtsgerichtes Berlin - Charlottenburg eingetragen.
- (3) Der Bezirksverband ist als kleingärtnerisch gemeinnützige Organisation anerkannt und strebt die ständige steuerliche Gemeinnützigkeit an.
- (4) Der Bezirksverband ist Mitglied im „Landesverband Berlin der Gartenfreunde e.V. – Organisation der Kleingärtner, Siedler und Eigenheimbesitzer-“ mit Sitz in Berlin, nachfolgend kurz Landesverband genannt.

§ 2

Zwecke, Ziele und Aufgaben

- (1) Der Bezirksverband ist eine unabhängige, gemeinnützige Dachorganisation für die in Mitgliedervereinen zusammengeschlossenen Kleingärtner. Im Bezirksverband arbeiten die Kleingärtner in geschlossenen Anlagen auf der Grundlage des Bundeskleingartengesetzes und als Einzelgärtner außerhalb geschlossener Anlagen auf Basis des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) im Rahmen dieser Satzung zusammen; Kleintierzüchter sind darin einbeschlossen.
- (2) Der Bezirksverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsvorschriften der §§ 51 - 68 der Abgabenordnung (AO). Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Der Bezirksverband erstrebt keinen Gewinn.
- (4) Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglied auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Bezirksverbandes.

- (5) Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Bezirksverbandes fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Bei Bedarf können Satzungsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeit entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26a (Ehrenamtspauschale) ausgeübt werden.

- (6) Die Mitglieder haben keinen Anteil am Vermögen des Bezirksverbandes; das Vermögen des Bezirksverbandes ist unteilbar.

- (7) Zweck des Bezirksverbandes ist die Förderung des Kleingartenwesens.

Dem Bezirksverband obliegen dabei insbesondere folgende, allgemeine Aufgaben:

- a) eine sinnvolle, harmonische Einordnung und Erhaltung von Dauerkleingartenanlagen bzw. Einzelgärten in den Grünzonen des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf von Berlin und angrenzender Gebiete sowie Einflussnahme auf deren Berücksichtigung in den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Zur Sicherung dieser Aufgaben arbeitet der Bezirksverband im Interesse seiner Mitglieder eng mit den zuständigen Organen bzw. Behörden in Senatsverwaltungen und/oder im Bezirksamt sowie mit den Kommunalverwaltungen der Gemeinden zusammen;
- b) fachliche Beratung zur Förderung einer sinnvollen, ökologisch orientierten Nutzung des Bodens; Aus- und Weiterbildung von Gartenfachberatern, Schätzern und anderen fachspezifischen Beratern; organisieren der fachlichen Schulung der Mitglieder bzw. ihrer Vereine, insbesondere zur Förderung des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes;
- c) wirksame Unterstützung der Vorstände der Mitgliedervereine bei der Vorbereitung und Einrichtung neuer Dauerkleingartenanlagen, Auftragserteilung zur Erarbeitung von Gestaltungsplänen, Klärung der erforderlichen Rechtsbeziehungen, Einholung der entsprechenden Stellungnahmen und Zustimmungen bei den zuständigen Senatsverwaltungen, Bezirks- und Gemeindeämtern;
- d) Förderung der Kinder-, Jugend- und Frauenarbeit in den Mitgliedervereinen der Kleingärtner;
- e) Sicherung einer allgemeinen Zugänglichkeit für die vom Bezirksverband verwalteten Kleingartenanlagen, da diese Bestandteil des öffentlichen Grüns des Landes Berlin und/oder der umliegenden Gemeinden sind.

(8) Weitere, wichtige Aufgaben des Bezirksverbandes sind:

- a) Abschluss von Zwischenpachtverträgen für Kleingartenanlagen bzw. Einzelgärten mit dem Land Berlin, vertreten durch das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, und mit Grundstückseigentümern sowie weiterführend der Abschluss von Unterpachtverträgen mit Unterpächtern als Verwaltungsaufgabe;
- b) Unterstützung der Mitglieder bei der verhältnismäßigen Klärung von strittigen Belangen, die sich aus einem nicht pflichtgemäßen Verhalten im Sinne des Bundeskleingartengesetzes, aus Verstößen gegen die Satzung bzw. die Interessen des Bezirksverbandes oder aus der Nichteinhaltung finanzieller Verpflichtungen gegenüber dem Bezirksverband ergeben können. Der Bezirksverband beruft hierzu einen Schlichtungsausschuss; die Zuständigkeit obliegt dem Erweiterten Vorstand;
- c) Anleitung der Mitgliedervereine des Bezirksverbandes hinsichtlich der Gewährleistung, dass deren Satzung den Zwecken, Zielen und Aufgaben des Bezirksverbandes nicht entgegensteht und der Satzung des Bezirksverbandes nicht widerspricht. Die Mitgliedervereine sind verpflichtet, ihre Satzung der des Bezirksverbandes anzugleichen und ein aktuelles Exemplar beim Bezirksverband zu hinterlegen;
- d) Unterstützung günstiger Abschlussmöglichkeiten für Kollektivverträge, insbesondere Versicherungsverträge, wie Unfall-, Haftpflicht- und Gebäudeversicherungen;
- e) Unterhaltung einer Geschäftsstelle zur Erfüllung der Aufgaben des Bezirksverbandes als gemeinnütziger Verein, der auf demokratischer Grundlage wirkt;
- f) Pflege der Tradition des Kleingartenwesens.

§ 3

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4

Mitgliedschaft im Bezirksverband

(1) Mitglieder des Bezirksverbandes können durch schriftlichen Antrag werden:

- a) alle unter § 2 (1) genannten Mitgliedervereine, deren Einzelmitglieder eingeschlossen;
- b) einzelne Kleingärtner, die vorübergehend nicht in Mitgliedervereinen integriert sind

wenn sie die Satzung des Bezirksverbandes anerkennen.

(2) Förderndes Mitglied des Bezirksverbandes kann auf schriftlichen Antrag jede natürliche, volljährige Person und jede juristische Person des privaten oder öffentlichen Rechts werden, die die Satzung des Bezirksverbandes anerkennt und die Durchsetzung der Zwecke, Ziele und Aufgaben des Bezirksverbandes unterstützen will. Über den Antrag entscheidet der Geschäftsführende Vorstand. Fördernde Mitglieder haben kein Stimmrecht im Sinne der Satzung des Bezirksverbandes.

(3) Über die Aufnahme von Mitgliedervereinen oder einzelnen Kleingärtnern entscheidet der Erweiterte Vorstand auf Vorschlag des Geschäftsführenden Vorstandes mit einfacher Mehrheit. Die Neuaufnahme von Mitgliedervereinen ist unter Einreichung der Satzung, der Übergabe eines vollständigen Verzeichnisses der Mitglieder; Namen und Adressen des Mitgliedervereinsvorstandes beim Geschäftsführenden Vorstand zu beantragen. Bei einer Ablehnung des Aufnahmeantrages kann der Antragsteller innerhalb von vier Wochen Einspruch einlegen. Über die Annahme des Einspruchs entscheidet der nächstfolgende Bezirksverbandstag. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahme des Vereines.

(4) Die Mitgliedschaft und die Aufnahme neuer Kleingärtner in den Bezirksverband vollzieht sich im Regelfall durch die Aufnahme in einen Mitgliederverein und beginnt mit der Unterzeichnung des Unterpachtvertrages durch die Vertreter des Bezirksverbandes, da mit Unterzeichnung des Unterpachtvertrages im Regelfall zugleich auch die Mitgliedschaft im jeweils zuständigen Mitgliederverein zu erwerben ist; näheres dazu regelt die Satzung des beigetretenen Mitgliedervereines. Vor der Unterzeichnung des Unterpachtvertrages sind daher dem neuem Kleingärtner die Satzungen des Bezirksverbandes sowie des zuständigen Mitgliedervereines zur Kenntnis zugeben und auf Wunsch auszuhändigen. Der Nachweis über die Beantragung der Mitgliedschaft eines Kleingärtners in einem Mitgliederverein ist bei Abschluss des Unterpachtvertrages zu führen.

(5) Auf Vorschlag des Geschäftsführenden Vorstandes kann der Erweiterte Vorstand beschließen, Personen, die sich um die Förderung und Unterstützung des Bezirksverbandes oder seiner Mitgliedervereine besonders verdient gemacht haben, die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen. Ehrenmitglieder haben das Recht, an den Sitzungen des Erweiterten Vorstandes sowie des Bezirksverbandstages mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 5

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Jedes Mitglied hat das Recht, sich in allen Fragen und Angelegenheiten, die Zwecke, Ziele und Aufgaben des Bezirksverbandes berühren, zu äußern und im Rahmen der Satzung an den Angelegenheiten des Bezirksverbandes pflichtgemäß mitzuwirken.
- (2) Der Bezirksverband erhebt von seinen Mitgliedern pro Kleingarten bzw. pro Grundstück einen Jahresbeitrag, dessen Höhe vom Bezirksverbandstag durch Beschluss festgesetzt wird. Dieser Jahresbeitrag enthält die Kosten für den zuleistenden Jahresbeitrag an den Landesverband und einen finanziellen Beitrag gemäß § 11 (1) lit. a), b) und c) dieser Satzung für Aufwendungen des Bezirksverbandes. Den finanziellen Verpflichtungen ist gegenüber dem Bezirksverband termingemäß und ohne Aufrechnungen nachzukommen.
- (3) Ist ein Mitglied mit fälligen Zahlungen und Beiträgen ganz oder teilweise länger als drei Monate in Verzug, ohne eine schriftliche Stundung durch den Geschäftsführenden Vorstand erhalten zu haben, ruhen seine Rechte.

§ 6

Verlust der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft im Bezirksverband erlischt durch:
 - a) Auflösung oder Austritt. Der Austritt wird nur nach halbjähriger schriftlicher Kündigung zum Ende des Kalenderjahres wirksam; der Austritt eines Mitgliedervereines aus dem Bezirksverband ist dabei unter Beifügung des Protokolls der Mitgliederversammlung zu erklären. Der Eingang der Kündigung ist durch den Bezirksverband unverzüglich schriftlich zu bestätigen. Die Beiträge sowie andere Zahlungsverpflichtungen sind noch für das laufende Geschäftsjahr zu entrichten; Erstattungen werden nicht vorgenommen.
 - b) Ausschluss aus dem Bezirksverband. Der Ausschluss kann nur auf Antrag des Geschäftsführenden Vorstands durch den Erweiterten Vorstand erfolgen, wenn ein Mitglied gegen die Satzung bzw. die Interessen des Bezirksverbandes verstößt oder wenn es seine finanziellen Verpflichtungen dem Bezirksverband gegenüber trotz Mahnung nicht erfüllt.
 - c) Die Auflösung des Bezirksverbandes regeln die Bestimmungen des § 13 dieser Satzung.
- (2) Über den Ausschlussantrag entscheidet der Erweiterte Vorstand nach Anhörung des betroffenen Mitgliedes sowie nach Stellungnahme des Geschäftsführenden Vorstands mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Der Beschluss muss nachweisfähig und in schriftlicher Form unter Angabe der Gründe mitgeteilt werden.

- (3) Gegen den Ausschluss kann innerhalb eines Monats nach Zugang schriftlicher Einspruch beim Bezirksverbandstag erhoben werden; der ordentliche Gerichtsweg ist davon unberührt.
- (4) Mit seinem Ausscheiden verliert das bisherige Mitglied alle Rechte und Ansprüche an den Bezirksverband.

§ 7

Organe des Bezirksverbandes

- (1) Organe des Bezirksverbandes sind:
 - a) der Bezirksverbandstag;
 - b) der Erweiterte Vorstand;
 - c) der Geschäftsführende Vorstand.
- (2) Vor Beschlussfassungen ist die Beschlussfähigkeit festzustellen. Beschlüsse in den Organen werden durch offene Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst, soweit nichts anderes bestimmt ist. Hierbei kommt es auf die abgegebenen Stimmen an. Stimmenthaltungen werden nicht angerechnet, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
- (3) Der Bezirksverbandstag erlässt eine Wahlordnung.
- (4) Jedes Organ gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung des Geschäftsführenden Vorstandes ist dem Bezirksverbandstag nach vorheriger Befassung im Erweiterten Vorstand auf dem der Wahl folgenden Ordentlichen Bezirksverbandstag zur Kenntnis zu bringen.
- (5) Über die Versammlungen und Sitzungen der Organe werden Protokolle gefertigt, die vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen sind.

§ 8

Bezirksverbandstag

- (1) Der Bezirksverbandstag ist das oberste Organ des Bezirksverbandes und hat die Rechte einer Mitgliederversammlung. Der Bezirksverbandstag tagt öffentlich; alle Mitglieder des Bezirksverbandes können daran teilnehmen. Als Stimmberechtigte gehören ihm an:
 - a) die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes;
 - b) der Bezirksgartenfachberater, Bezirksschätzerobmann und Bezirkschronist;
 - c) die Delegierten aus den Mitgliedervereinen gemäß § 8 (2) dieser Satzung.
- (2) Die Anzahl der Delegierten der Mitgliedervereine wird nach der Anzahl der Parzellen bzw. Grundstücke am 31.12. des Vorjahres bemessen. Die Mitgliedervereine entsenden nach folgender Berechnung ihre Delegierten zum Bezirksverbandstag:

bis zu 50 Parzellen = 1 Delegierter;
bis zu 100 Parzellen = 2 Delegierte;
bis zu 150 Parzellen = 3 Delegierte
und je weitere angefangene 50 Parzellen = 1 Delegierter zusätzlich.

Die Delegierten zum Bezirksverbandstag werden in den Mitgliedervereinen gewählt; zusätzlich sind Ersatzdelegierte zu wählen; die Namen der Delegierten und Ersatzdelegierten sind in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes zu hinterlegen.

- (3) Der Ordentliche Bezirksverbandstag findet grundsätzlich in jedem ersten Halbjahr eines Jahres statt; er wird vom Geschäftsführenden Vorstand einberufen und nach Terminbestätigung durch den Erweiterten Vorstand durch einen vom Bezirksverbandstag zu wählenden Versammlungsleiter geleitet.
- (4) Die Einladung zum Bezirksverbandstag ist schriftlich unter Angabe der Tagesordnung vier Wochen vorher den unter § 8 (1) dieser Satzung bestimmten Personen, nachfolgend kurz Stimmberechtigte genannt, zu übermitteln. Hierbei ist die Geschäftsordnung des Bezirksverbandstages beizufügen; bei Wahlen zusätzlich die Wahlordnung.
- (5) Anträge an den Bezirksverbandstag müssen spätestens zwei Wochen vorher der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes schriftlich und mit kurzer Begründung vorliegen. Über später eingehende Anträge darf nur dann verhandelt oder abgestimmt werden, wenn vorher der Dringlichkeit mehrheitlich durch die anwesenden Delegierten zugestimmt wurde.
- (6) Der Verbandstag ist, soweit nicht anderes bestimmt ist, beschlussfähig, wenn mindestens 51 % der Stimmberechtigten anwesend sind. Erscheinen zu einem satzungsgemäß einberufenen Bezirksverbandstag weniger als 51 % der Stimmberechtigten, so ist der Termin zur Durchführung eines neuen Bezirksverbandstages mit der gleichen Tagesordnung für einen Zeitpunkt innerhalb von sechs Wochen bekanntzugeben und danach der Bezirksverbandstag zu beenden. Zum erneut einberufenen Bezirksverbandstag ist den Stimmberechtigten wiederum eine schriftliche Einladung mit einer Ladungsfrist von vier Wochen zu übermitteln. Hierbei ist auf den Grund der erneuten Einladungsfrist besonders hinzuweisen. Erscheinen zu diesem Bezirksverbandstag wiederum weniger als 51 % der Stimmberechtigten, so ist dieser Bezirksverbandstag dennoch beschlussfähig.
- (7) Zu den Aufgaben des Ordentlichen Bezirksverbandstages gehören die Beratung und Beschlussfassung zu Vorlagen, insbesondere betreffend
 - a) Geschäftsbericht des Geschäftsführenden Vorstandes;
 - b) Finanz- und Kassenbericht des Schatzmeisters;
 - c) Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses;
 - d) Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Entlastung des Vorstandes auf Antrag des Rechnungsprüfungsausschusses;
 - e) Festsetzung des Jahresbeitrages für das nachfolgende Kalenderjahr;
 - f) Finanzplan;
 - g) Erlass einer Wahlordnung;
 - h) Berufung und Abberufung von Ausschüssen und Kommissionen;

- i) Durchführung der Wahlen und ggf. Nachwahlen für den Geschäftsführenden Vorstand;
- j) Einsetzung und Wahl eines ständigen Rechnungsprüfungsausschusses;
- k) Kenntnisnahme der Geschäftsordnung des Geschäftsführenden Vorstands;
- l) Anträge an den Bezirksverbandstag;
- m) Einspruch gegen einen Ausschluss;
- n) Satzungsänderungen.

Beschlüsse zu den Aufgaben lit. m) und n) bedürfen einer Dreiviertelmehrheit der Stimmberechtigten.

- (8) Ein Außerordentlicher Bezirksverbandstag kann aus wichtigem Grund auf Antrag des Geschäftsführenden Vorstands nach Terminbestätigung durch den Erweiterten Vorstand einberufen werden oder ist innerhalb von drei Monaten mit einer Einladungsfrist von vier Wochen einzuberufen, wenn das ein Drittel der Mitglieder unter Angabe des Grundes verlangt.
- (9) Das Protokoll des Bezirksverbandstages ist den Stimmberechtigten innerhalb von zwei Monaten nach dem Bezirksverbandstag zuzuleiten.

§ 9

Erweiterter Vorstand

- (1) Dem Erweiterten Vorstand gehören an:
 - a) der Geschäftsführende Vorstand;
 - b) die Vorsitzenden der Mitgliedervereine oder eines Stellvertreters; Mitgliedervereine mit mehr als 300 Parzellen können zusätzlich einen Vertreter entsenden;
 - c) der Bezirksschätzerobmann oder dessen Stellvertreter;
 - d) der Bezirkschronist oder dessen Stellvertreter;
- (2) Die Anzahl der Vertreter der Mitgliedervereine wird nach der Anzahl der Parzellen am 31.12. des Vorjahres bemessen.
- (3) Das Stimmrecht kann nur für ein Mandat ausgeübt werden.
- (4) Der Erweiterte Vorstand wird im Geschäftsjahr mindestens zweimal durch den Vorsitzenden oder einen Stellvertreter einberufen und durch einen vom Erweiterten Vorstand zu wählenden Versammlungsleiter geleitet. Die Einladung ist schriftlich unter Angabe der Tagesordnung zwei Wochen vorher den Mitgliedern des Erweiterten Vorstandes zu übermitteln.
- (5) Der Erweiterte Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 51 % seiner Mitglieder anwesend sind, darunter müssen sich mindestens drei Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes befinden; der Geschäftsführende Vorstand muss dabei durch seinen Vorsitzenden oder zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten sein.
- (6) Zu den Aufgaben des Erweiterten Vorstandes gehören insbesondere:

- a) die Bestätigung der Geschäftsordnung des Geschäftsführenden Vorstandes;
- b) die Kontrolle der Geschäftsführung;
- c) die Berufung des Bezirksschätzerobmanns sowie des Bezirkschronisten auf Vorschlag des Geschäftsführenden Vorstandes;
- d) die Bestätigung des vom Geschäftsführenden Vorstand vorgeschlagenen Termins eines Bezirksverbandstages;
- e) die Aussprache und Abgabe einer Beschlussempfehlung an den Bezirksverbandstag über den Vorschlag des Geschäftsführenden Vorstandes zur Höhe des Jahresbeitrages für das folgende Kalenderjahr;
- f) die Aussprache und Beschlussfassung zum Finanzplan zur Weiterbehandlung durch den Bezirksverbandstag;
- g) die Berufung und Abberufung von Ausschüssen und Kommissionen;
- h) die Aussprache und der Beschluss zur Führung von Gerichtsprozessen als Musterprozesse;
- i) der Beschluss über die Aufnahme von neuen Mitgliedern;
- j) der Beschluss über den Ausschluss von Mitgliedern;
- k) Entgegennahme, Aussprache und Beschlussfassungen zu Zwischenberichten des Geschäftsführenden Vorstandes sowie des Schatzmeisters;
- l) Behandlung von eingereichten Berichten des Rechnungsprüfungsausschusses;
- m) Einsatz eines Schlichtungsausschusses mit mindestens drei Mitgliedern;
- n) Wahl der Delegierten zum Landesverbandstag;
- o) Berufung von Schätzern;
- p) Behandlung, Aussprache und Beschlussfassung von Maßnahmen zur Förderung des Kleingartenwesens, die durch den Geschäftsführenden Vorstand umgesetzt werden sollen;
- q) Beauftragung und Ermächtigung des Geschäftsführenden Vorstands, zur Klärung von Fragen mit grundlegender Bedeutung, insbesondere zu erforderlichen Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Rechts-, Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Bezirksverbandes bedeutsam verändern könnten, externe Beratung einzuholen;
- r) Beschlussfassung von Ausgaben über 5.000 Euro;
- s) die Verleihung von Ehrenmitgliedschaften.

§ 10

Der Geschäftsführende Vorstand

(1) Dem Vorstand im Sinne des § 26 BGB gehören an:

- a) der Vorsitzende;
- b) zwei Stellvertretende Vorsitzende;
- c) der Schatzmeister;

Dem Geschäftsführenden Vorstand gehören an:

- a) der Vorsitzende;
 - b) zwei Stellvertretende Vorsitzende;
 - c) der Schatzmeister;
 - d) der Beisitzer für Kleingartenwesen, Ökologie und Umwelt;
 - e) der Beisitzer für Mitgliedervereine in geschlossenen Kleingartenanlagen;
 - f) der Beisitzer für Mitgliedervereine der Einzelgärtner und Kleintierzüchter;
 - g) der Schriftführer,
 - h) der Bezirksgartenfachberater.
- (2) Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes werden durch die Stimmberechtigten des Bezirksverbandstages einzeln, unter Angabe der Wahlfunktion und jeweils nur für eine Wahlfunktion in geheimer Wahl für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Der Bezirksverband wird durch den Vorsitzenden allein oder durch zwei Mitglieder des Vorstandes, vertreten. Im Innenverhältnis wird bestimmt, dass die weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes eine Vertretungsbefugnis nur in Verbindung mit einem Vorstandsmitglied ausüben, sofern dies nach der Geschäftsordnung des Geschäftsführenden Vorstandes zulässig ist. Die Bestimmungen des § 11 (2) dieser Satzung sind davon grundsätzlich unberührt.
- (4) Der Geschäftsführende Vorstand tritt grundsätzlich im Monat einmal oder auf Antrag von mindestens drei seiner Mitglieder zusammen. Er ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder zwei Mitglieder des Vorstandes, anwesend sind.
- (5) Zu den Aufgaben des Geschäftsführenden Vorstandes gehören insbesondere:
- a) die Führung der laufenden Geschäfte;
 - b) die Durchführung der Beschlüsse der Organe;
 - c) die Erstattung der Geschäfts-, Jahres-, Finanz- und Kassenberichte;
 - d) die Aufstellung des Finanzplans;
 - e) die kommissarische Bestellung von Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes nach einer Mandatsaufgabe bis zur Nachwahl auf dem nächstfolgenden Bezirksverbandstag;
 - f) Einstellung einer angemessenen, verhältnismäßigen Zahl hauptamtlicher Mitarbeiter für zwingende Aufgaben des Bezirksverbandes, die in der Geschäftsstelle nach den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, Erforderlichkeit und Sparsamkeit im Rahmen eines Geschäftsverteilungsplans wirken.
 - g) die Einstellung nebenberuflich tätiger Mitarbeiter, wenn es die Erfüllung der Aufgaben des Bezirksverbandes erforderlich macht;
 - h) die Zuständigkeit für die Vorbereitung, die Einberufung, die Tagesordnung und den Ablauf der Sitzungen des Erweiterten Vorstandes sowie des Bezirksverbandstages;
 - i) Beantragung von Mitgliederausschlüssen beim Erweiterten Vorstand;
 - j) Aufnahme fördernder Mitglieder des Bezirksverbandes;
 - k) Genehmigung von Ausgaben über 500 Euro.

- (6) Scheiden während ihrer Amtszeit der Vorsitzende bzw. zwei Mitglieder des Vorstandes aus, so muss eine Nachwahl stattfinden; sie muss innerhalb von acht Wochen stattfinden, wenn drei der Vorstandsmitglieder ausscheiden. Die Nachwahl erfolgt zeitlich für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes.
- (7) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der erschienenen Mitglieder gefasst. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden bzw. des die Sitzung leitenden Stellvertretenden Vorsitzenden den Ausschlag.
- (8) Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Ihnen wird eine angemessene Aufwandsentschädigung gewährt. Beschlüsse hierzu werden vom Bezirksverbandstag gefasst.

§ 11

Finanzielle Mittel des Bezirksverbandes

- (1) Der Bezirksverband finanziert sich aus:
 - a) einem Jahresbeitrag pro Kleingarten bzw. Grundstück, dessen Höhe und Zusammensetzung jährlich beschlossen wird;
 - b) anteiligen Pachtzinsen gemäß geltendem Recht;
 - c) Umlagen;
 - d) Einnahmen aus Veranstaltungen und Verwaltungstätigkeit;
 - e) Zuwendungen, Sammlungen, Spenden, Stiftungen und Erbschaften.
- (2) Die Finanzen sind durch den Schatzmeister zu verwalten. Die finanziellen Mittel sind auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen sowie der wesentlichen Finanz- und Kassenordnung des Bezirksverbandes durch ein ordnungsgemäßes Belegwesen zu führen und revisionsfähig nachzuweisen.
- (3) Der Bezirksverband haftet nur mit seinem Vermögen gemäß § 61 der Abgabenordnung (AO).

§ 12

Rechnungsprüfungsausschuss des Bezirksverbandes

- (1) Der Rechnungsprüfungsausschuss wird durch den Bezirksverbandstag als ständiger Ausschuss für die Dauer von vier Jahren gewählt. Er soll mindestens aus drei Mitgliedern bestehen und bestimmt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Eine Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses unterliegen keiner Weisung oder Beaufsichtigung durch den Erweiterten Vorstand bzw. des Geschäftsführenden Vorstandes; sie sind ausschließlich gegenüber dem Bezirksverbandstag verpflichtet und verantwortlich.

- (3) Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses dürfen nicht Mitglied im Erweiterten Vorstand oder Geschäftsführenden Vorstand sein. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses oder/und sein Stellvertreter haben das Recht, an den Sitzungen des Erweiterten Vorstands sowie des Geschäftsführenden Vorstands mit beratender Stimme teilzunehmen.
- (4) Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft regelmäßig die Kasse, die Belege und die Buchführung vierteljährlich mindestens einmal, davon mindestens einmal im Jahr unvermutet. Nach Ablauf des Geschäftsjahres erfolgt eine Gesamtprüfung der Jahresrechnung; das Ergebnis ist in einem Prüfbericht niederzulegen und als Anlage dem Protokoll des Ordentlichen Bezirksverbandstages beizufügen.
- (5) Der Rechnungsprüfungsausschuss hat auf jeden Ordentlichen Bezirksverbandstag über die Prüfungen Bericht zu erstatten und die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12. d.J. sowie die Entlastung des Vorstandes für das vorangegangene Geschäftsjahr zu beantragen.

§ 13

Auflösung des Bezirksverbandes

- (1) Der Bezirksverband kann nur durch Beschluss eines ausschließlich zu diesem Zweck einberufenen Außerordentlichen Bezirksverbandstages aufgelöst werden. Dieser Bezirksverbandstag ist nur dann beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel der Stimmberechtigten anwesend sind. Dem Beschluss zur Auflösung müssen drei Viertel der anwesenden Stimmberechtigten zustimmen. Erscheinen zu diesem Bezirksverbandstag weniger als drei Viertel der Stimmberechtigten, so ist der Termin zur Durchführung eines neuen Außerordentlichen Bezirksverbandstages mit der gleichen Tagesordnung für einen Zeitpunkt innerhalb von sechs Wochen bekannt zugeben und danach dieser Bezirksverbandstag zu beenden. Zum erneut einberufenen Bezirksverbandstag ist den Stimmberechtigten wiederum eine schriftliche Einladung mit einer Einladungsfrist von vier Wochen zu übermitteln. Hierbei ist auf den Grund der erneuten Einladung besonders hinzuweisen. Erscheinen zu diesem Außerordentlichen Bezirksverbandstag wiederum weniger als drei Viertel der Stimmberechtigten, so ist dieser Bezirksverbandstag dennoch beschlussfähig.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigender Zwecke fällt sein Vermögen an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung des Kleingartenwesens.

§ 14

Liquidation

- (1) Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand. Bei der Durchführung finden die §§ 47 ff. BGB Anwendung.

§ 15

Schlussbestimmungen

Diese Satzung wurde am 30. November 2002 vom Bezirksverbandstag beschlossen und vom Bezirksverbandstag durch Beschluss am 27. Juni 2009 geändert.

Die Satzung tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister am 28. Oktober 2009 in Kraft.

§ 16

Sprachliche Gleichstellung

Die verwendeten Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten sowohl in männlicher wie in weiblicher Form.